

Niederschrift, ö

Gremium	Sozial- und Gesundheitsausschuss
Nummer	SozGA/002/2019
Datum	Donnerstag, 06.06.2019
Ort	Sitzungssaal im 5. OG des Verwaltungsgebäudes
Beginn	09:30 Uhr
Ende	12:15 Uhr

Anwesenheit

Vorsitzender

Schneider, Rainer

in Vertretung für Herrn Mederer

Ausschussmitglieder

Baur, Martina

Demmel, Christian

Eberl, Ottilie

Funke, Annemarie

Gössner, Ute

Hausberger, Claudia

Heigl, Marianne

Hügenell, Helga

Kirchner, Stefanie

Loy, Josef

Münster, Peter

Speierl, Anton, Dr.

Sturm, Erika

Wittmann, Susanne, Dr.

anwesend ab TOP 3

in Vertretung für Frau Jordan

in Vertretung für Frau Martina Neubauer

Sachverständige

Berger, Heinrich, Dr.

Beyrle, Hans, Dr.

Fuhlbrügge, Sibylle

Knorr, Wilfried

Majewski, Karin

Mauerer-Molléus, Michael

Orlich, Ralf, Dr.

Schmied, Robert, Dr.

Starzengruber, Rudolf

Wettengl, Johanna

Verwaltung

Becker, Stefan

Bertenbreiter, Benedikt

Borrmann-Hassenbach, Margitta,
Dr.

Bruckmann, Wolfgang, Dr.

Dienemann, Anne

Gotz, Angelika

Kohl, Markus
Lengmüller, Regina
Mennel, Ursula
Nischwitz, Ulrike
Podechtl, Franz
Reil, Josef
Renner, Helen
Roth, Helmut
Schöler, Judith
Sicheneder, Markus
Simba, Nicole
Spuckti, Martin
Zieglmaier, Margarete

Weitere Anwesende

Schwaiblmair, Frauke, Dr.
Tiete, Andreas, Dr.

Protokollführerin

Maja, Renate

Entschuldigt

Vorsitzender

Mederer, Josef

entschuldigt - vertreten durch Herrn Rainer
Schneider

Ausschussmitglieder

Jordan, Elisabeth
Neubauer, Martina

entschuldigt - vertreten durch Frau Hügenell
entschuldigt - vertreten durch Herrn Dr. Anton
Speierl

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Erhöhung der Jahresfördersumme für das Beratungs- und Behandlungszentrum für Flüchtlinge und Folteropfer "REFUGIO"
TOP 3	Sicherheitsdienst für den Kontaktladen L43
TOP 4	Struktur des Krisendienstes Psychiatrie
TOP 5	Sachstandsbericht Krisendienst Psychiatrie 2. Quartal 2019
TOP 6	10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention - ein Blick aus oberbayerischer Perspektive - Wer Inklusion will, sucht Wege
TOP 7	Zwischenbericht zur Implementierung des Fallmanagements für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige
TOP 8	Sachstandsbericht zum Projekt Aufbau von Pflegestützpunkten
TOP 9	Sachstandsbericht zum BTHG
TOP 10	Projekt Neue Hilfen - Sachstandsbericht zur Übernahme der Leistungen zum 01.03.2018 und 01.01.2019
TOP 11	Psychiatrie- und Suchthilfekonzept des Bezirks Oberbayern (Erwachsene ohne Maßregelvollzug), Versorgungsregion Ingolstadt
TOP 12	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.04.2019: Hilfe zur Pflege
TOP 13	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.4.: Vision 2030 Franziskuswerk Schönbrunn
TOP 14	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.04.19: Projekte Investitionen
TOP 15	Bekanntgaben und Sonstiges

Stellvertretender Bezirkstagspräsident Rainer Schneider eröffnet um 09:30 Uhr die öffentliche Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Sozial- und Gesundheitsausschusses fest.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss:	angenommen	Ja 14 Nein 0
-------------------	-------------------	------------------------

TOP 2 Erhöhung der Jahresfördersumme für das Beratungs- und Behandlungszentrum für Flüchtlinge und Folteropfer "REFUGIO"

Mit Schreiben vom 25.06.2018 beantragt REFUGIO München Beratungs- und Behandlungszentrum für Flüchtlinge und Folteropfer eine Erhöhung des jährlichen Zuschusses.

Der Bedarf an Behandlungen für diesen Personenkreis kann von REFUGIO aus Kapazitätsgründen nicht voll gedeckt werden. Die Wartezeit von der Anmeldung bis zum Beginn einer Therapie beträgt bis zu einem Jahr.

An der Finanzierung ist der Bezirk Oberbayern derzeit mit ca. 4,2 % des Gesamtvolumens beteiligt.

Durch die beantragte Erhöhung der Fördersumme wird zum einen die Steigerung der Personalkosten durch die Tarifentwicklung ausgeglichen zum anderen soll ein kleiner Stellenanteil von 5 Wochenstunden für eine arabischsprachige Verwaltungskraft finanziert werden. Ein weiterer Teil der beantragten Erhöhung des Förderbetrags soll der Ausweitung des Angebots für Flüchtlinge aus dem ländlichen Raum dienen. Das Einzugsgebiet von REFUGIO umfasst ganz Oberbayern. Insbesondere in ländlichen Regionen besteht aber eine deutliche Unterversorgung mit Beratungs- und Behandlungsangeboten, so dass eine verstärkte Einbeziehung der Einwohner aus dem ländlichen Raum in das Angebot von REFUGIO dringend geboten wäre. Dies ist nur durch eine Steigerung der Fördermittel zu realisieren.

Um die Arbeit von Refugio in München und Oberbayern weiterhin sicherstellen zu können bzw. weiter auszubauen, ist die Erhöhung der Fördersumme somit sinnvoll.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Bezirkstages von Oberbayern stimmt der Erhöhung der Fördermittel um 35.000 Euro von zurzeit 110.000 Euro auf 145.000 Euro jährlich zu. Die Erhöhung gilt ab dem Förderjahr 2019.	
	angenommen	Ja 14 Nein 0

TOP 3 Sicherheitsdienst für den Kontaktladen L43

Seit ca. 2010 wurde von den Mitarbeitern des Kontaktladens L43 eine gravierende Verschlechterung des Sozialverhaltens der Konsumenten beobachtet, die auf den verstärkten Konsum von immer riskanteren politoxikomanen Substanzen (sog. „neue psychoaktive Substanzen“, NPS) zusätzlich zu dem vorher hauptsächlich konsumierten Heroin zurückzuführen ist.

Das Ausmaß der Aggressionen war schließlich so groß, dass der Betrieb des L43 und der Schutz der Mitarbeiter nur noch unter Zuhilfenahme eines Sicherheitsdienstes gewährleistet werden konnte. Die prozentuale Auswertung der Ereignisprotokolle aus dem Jahr 2017 durch Prop e.V. zeigte, dass in zwei Dritteln der Fälle, in denen es zu Situationen mit hohem Aggressions- oder Gewaltpotential kam, der Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes das Team des Drogenotdienstes unterstützen

konnte. Außerdem wurde aufgrund dieser Maßnahme die Akzeptanz (ruhigerer Betrieb) bei den Nachbarn in den Wohnblocks neben bzw. gegenüber L43 gefördert.

Mit Schreiben vom 06.02.2018 erhielt der Bezirk Oberbayern den Antrag zur Finanzierung des Sicherheitsdienstes für den Kontaktladen L43, Landwehrstr. 43 Rgb., 80336 München in Höhe von 75.000 €.

Die Landeshauptstadt München wird sich mit 30% an der Finanzierung des Sicherheitsdienstes beteiligen. Die Planung der Landeshauptstadt München hierfür befindet sich in der Abstimmungsphase. Mit der Zustimmung ist voraussichtlich im Juni zu rechnen.

Die Finanzierung eines Sicherheitsdienstes stellt die Arbeit des Kontaktladens sowie die grundsätzliche Akzeptanz des Standortes sicher.

Beschluss:	Der Bezirk Oberbayern bezuschusst den Prop e.V. München ab dem Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 75.000 €, abzüglich der Leistungen der Landeshauptstadt München (30 %), für die Finanzierung des Sicherheitsdienstes im Kontaktladen L43.
	angenommen Ja 15 Nein 0

TOP 4 Struktur des Krisendienstes Psychiatrie

Die Sozialverwaltung und die Steuerungsgruppe Krisendienst Psychiatrie wurde in der letzten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses beauftragt, ein Modell zur künftigen Struktur des Krisendienstes mit allen Beteiligten zu erarbeiten und dem Ausschuss vorzustellen. Diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Sozialverwaltung berichtet zum aktuellen Stand der Verhandlungen.

Beschluss:	Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt die Gespräche zur künftigen dauerhaften Organisationsstruktur des Krisendienstes auf Basis der vorgestellten Eckpunkte voranzutreiben und noch im Jahr 2019 einen Entwurf der „Richtlinie zur Finanzierung des Krisendienstes Psychiatrie Oberbayern“ und einen Beschlussvorschlag für ein Strukturmodell vorzulegen. Der Ausschuss beschließt in Abänderung des Beschlusses 22/BV/512/2015 die bisherige Modellphase des Projektes bis zur Vorlage einer eigenständigen „Richtlinie zur Finanzierung des Krisendienstes Psychiatrie Oberbayern“ sowie der Ergänzung der SPDi-Richtlinie zur Anpassung auf die Erfordernisse des Krisendienstes auf unbefristete Zeit zu verlängern.
	angenommen Ja 15 Nein 0

TOP 5 Sachstandsbericht Krisendienst Psychiatrie 2. Quartal 2019

Die Steuerungsgruppe Krisendienst berichtet turnusgemäß zum aktuellen Stand des Projektes Krisendienst Psychiatrie Oberbayern

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
	zur Kenntnis genommen

TOP 6 10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention - ein Blick aus oberbayerischer Perspektive - Wer Inklusion will, sucht Wege

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Bezirks Oberbayern würdigt den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur UN-Behindertenrechtskonvention vor 10 Jahren.

Herr Bezirksrat Josef Loy regt an zu klären, welche Voraussetzungen für die Installierung einer Anlaufstelle nach Art. 33 UN-BRK gegeben sein müssen und welche Kosten mit einer Installierung verbunden sind.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Vortrag „Wer Inklusion will sucht Wege“ - 10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention – ein Blick aus oberbayerischer Perspektive“ zur Kenntnis. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beauftragt die Sozialverwaltung, die inhaltlichen und personellen Voraussetzungen sowie die finanziellen Auswirkungen für die Installierung einer Anlaufstelle nach Art. 33 UN-BRK zu prüfen. Das Ergebnis der Prüfung wird in einer der nächsten Sitzungen des Sozial- und Gesundheitsausschusses eingebracht. zur Kenntnis genommen
-------------------	--

TOP 7 Zwischenbericht zur Implementierung des Fallmanagements für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige

Die Stufe 1 der Arbeitsmethode Fallmanagement wurde wie geplant in die Praxis eingeführt.

Im Juni 2020 wird dem Sozial- und Gesundheitsausschuss ein detaillierter Bericht zur Implementierung der Stufe 1 vorgestellt. Auf dieser Grundlage soll dann über die Freigabe der Stufe 2 entschieden werden.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	---

TOP 8 Sachstandsbericht zum Projekt Aufbau von Pflegestützpunkten

Der Projektleiter des Projekts Aufbau von Pflegestützpunkten, Herr Becker, berichtet mündlich über den aktuellen Sachstand.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den aktuellen Sachstandsbericht zur Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	---

TOP 9 Sachstandsbericht zum BTHG

Frau Zieglmaier berichtet mündlich zum aktuellen Sachstand zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG sowie zur Umsetzung des Bayerischen Teilhabegesetzes I (BayTHGI)

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den aktuellen Sachstandsbericht zur Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	--

TOP 10 Projekt Neue Hilfen - Sachstandsbericht zur Übernahme der Leistungen zum 01.03.2018 und 01.01.2019

Der Projektleiter des Projekts Neue Hilfen, Herr Becker, berichtet mündlich über die aktuellen Fallzahlen.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis. angenommen
-------------------	---

TOP 11 Psychiatrie- und Suchthilfekonzept des Bezirks Oberbayern (Erwachsene ohne Maßregelvollzug), Versorgungsregion Ingolstadt

Das Bezirksgrremium berät das von der Klinikum Ingolstadt GmbH vorgelegte Konzept und entscheidet, ob der Krankenhauszweckverband Ingolstadt mit der Umsetzung, insbesondere mit der geplanten Standortentwicklung, beauftragt wird.

Beschluss:	Der Gesundheits- und Sozialausschuss empfiehlt dem Bezirkstag den folgenden Beschlussvorschlag: a) Der Bezirk Oberbayern begrüßt das auf der Grundlage seiner „Planungsgrundsätze 2017“ entwickelte „Konzept zur Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung in der Region 10“. b) Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt wird damit beauftragt (§ 3 Abs. 3 SKZVI), - baldmöglich am Standort Eichstätt eine Tagesklinik mit psychiatrischer Institutsambulanz (Trägerschaft: Klinikum Ingolstadt GmbH) zu realisieren, und - die zeitnahe Errichtung einer Tagesklinik mit psychiatrischer Institutsambulanz in Beilngries bedarfsanhängig anzustreben, sowie - einen zusätzlichen Standort in Schrobenhausen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Standorte Eichstätt und Beilngries zu gegebener Zeit erneut zu prüfen. angenommen Ja 15 Nein 0
-------------------	--

TOP 12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.04.2019: Hilfe zur Pflege

Seit 1. Januar 2019 ist die Hilfe zur Pflege von den kreisfreien Städten und den Landkreisen auf die Bezirke übergegangen, was zu großen Veränderungen sowohl bei den Bezirken als auch bei den Betroffenen führt. Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben mehrere Beschwerden

ereilt, die Auszahlungsmodalitäten und die Erreichbarkeit der Mitarbeiter betreffen. Die Sozialverwaltung nimmt zu den Beschwerden Stellung.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	---

**TOP 13 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.4.: Vision 2030
Franziskuswerk Schönbrunn**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt mit Schreiben vom 12.04.2019 den Antrag auf Vorlage eines Sachstandsberichtes zum Projekt „Vision 2030“ des Franziskuswerks Schönbrunn.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	--

**TOP 14 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.04.19: Projekte
Investitionen**

Nach eingehender Erörterung der tatsächlichen Intention des Antrags sichert die Verwaltung zu, zukünftig frühzeitiger im Rahmen der Sitzungen des Sozial- und Gesundheitsausschuss über geplante Bauförderungsvorhaben zu informieren. Auf Anregung des Vorsitzenden wird der Antrag zurückgenommen.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die Verwaltung wird gebeten frühzeitig im Rahmen der Sitzungen des Sozial- und Gesundheitsausschusses über geplante Bauförderungsvorhaben zu informieren. zur Kenntnis genommen
-------------------	--

TOP 15 Bekanntgaben und Sonstiges

Beschluss:	Es erfolgten keine Bekanntgaben oder Antragstellungen.
-------------------	---

Um 12:15 Uhr schließt Stellvertretender Bezirkstagspräsident Rainer Schneider die öffentliche Sitzung.

Rainer Schneider
Stellvertretender Bezirkstagspräsident

Renate Maja
Protokollführung